

## Kindersoldaten noch immer die Regel

Die Armee des burmesischen Militärregimes und neun andere bewaffnete Gruppierungen rekrutieren immer noch Kindersoldaten, heißt es im jüngsten Jahresbericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat, der im April 2009 veröffentlicht wurde. Der Bericht beschuldigt sowohl die burmesische Junta und mehrere bewaffnete ethnische Gruppen – auch solche, die einen Waffenstillstand

unterzeichnet haben – wie auch aktive Anti-Regierungskräfte. Außer der *Karen National Liberation Army* (KNLA), der *Karenni Army* (KA) und der *Shan State Army-South* (SSA-S) haben alle ethnischen Gruppen, die in dem Bericht erwähnt werden, Waffenstillstandsabkommen mit dem burmesischen Regime unterzeichnet.

Die KNLA und die KA sind die einzigen Gruppen, die einen Akti-

onsplan mit der UN abzuschließen versuchen, um das Rekrutieren von Kindersoldaten zu beenden, heißt es in dem Bericht. Der 51-seitige Bericht, der die Rekrutierung von Kindersoldaten auf der ganzen Welt dokumentiert, behauptet weiterhin, dass die burmesische Militärjunta während der Berichtsperiode den humanitären Zugang zu Kindern verweigert hat.

vgl.: Irrawaddy, 23.4.2009

## Wirtschaftskrise trifft auch Burmesen

Obwohl Burma unter dem herrschenden Militärregime vermeintlich abgeschottet ist, sind Millionen burmesischer Familien von den Geldsendungen Verwandter aus dem Ausland abhängig. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass diese finanzielle Rettungsleine reißen könnte: Nachbarländer wie Singapur, Malaysia und Thailand entlassen unter dem Druck der globalen Krise ausländische Arbeiter, wodurch Schätzungen zufolge ein signifikanter Zustrom nach Burma zurückkehrender Arbeiter erwartet werden kann. Von dieser Entwicklung sind nicht nur Beschäftigte arbeitsintensiver Industriesparten betroffen, sondern auch viele gut ausgebildete Burmesen wie die 36-jährige Soe Lin: Nach sechs Jahren Tätigkeit als leitende Angestellte in Singapur fiel ihr Arbeitsplatz Einsparungen zum Opfer. Genau wie ihr jüngerer Bruder, ein Ingenieur, musste sie zur Einsparung an Lebenshaltungskosten nach Burma zurückkehren. Am meisten sorgte sie sich darüber, wie sie nun ihre Eltern unterstützen solle, so Lin. Mehr als zwei Millionen junger Burmesen sind in Nachbarländern in der Region tätig, beinahe alle senden monatlich Teile ihres Lohns in ihre Heimat. Es wird vermutet, dass der Umfang dieser Geldüberweisungen insgesamt sogar die Höhe ausländischer Hilfszahlungen übertrifft.

vgl.: Financial Times UK, 12.5.2009

## Standpunkt der EU verlängert

Die EU hat ihren gemeinsamen Standpunkt gegenüber Burma um ein weiteres Jahr verlängert. Als Grund wurde der mangelnde Fortschritt hin zu einer Demokratisierung genannt. Burmas Regierung müsse noch Schritte unternehmen um die für 2010 geplanten Wahlen glaubhaft, transparent und inklusiv entsprechend internationalen Standards zu gestalten. Die EU-Außenminister forderten die Freilassung der politischen Gefangenen einschließlich Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. In ihrer Erklärung äußerten die EU-Außenminister auch ihre Besorgnis über die Situation der ethnischen Minderheiten und insbesondere

der muslimischen Rohingya und forderten die Behörden auf, deren Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Gleichzeitig hat die EU, auch auf ministerieller Ebene, Dialogbereitschaft geäußert, so beispielsweise beim ASEM Außenministertreffen im September 2009.

Die Maßnahmen der EU umfassen Reisebeschränkungen, ein Waffenembargo und Handelssanktionen auf Produkte wie Nutzhölzer, Mineralien, Metalle und Edelsteine. Angesichts des jüngsten Verfahrens gegen Aung San Suu Kyi zieht die EU eine Verschärfung der Sanktionen in Erwägung.

vgl.: Council of the EU, 2938th General Affairs council meeting, 27.4.09

## Über 200 Burmesen in Malaysia verhaftet

Am 22. April 2009 haben malaysische Behörden in Kuala Lumpur mindestens 200 Burmesen verhaftet. In einer gemeinsamen Operation der malaysischen Polizei, der Einwanderungsbehörde und des Freiwilligenkorps RELA wurden in Zalam Imbi legale Arbeiter und illegale Migranten aufgegriffen. »Gegen 19 Uhr begannen sie die Operation in Imbi, in der Nähe des Times Square«, so Bawi Hre, Vorsitzender des Chin Flüchtlingskomitees Malaysia. Unter den verhafteten Burmesen seien vom UNHCR (*Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen*) registrierte Flüchtlinge gewesen, andere hätten legale Reisedokumente gehabt.

Viele seien aber illegale Migranten auf der Suche nach Arbeit gewesen.

Ungefähr hundert der verhafteten Burmesen, die legale Dokumente hatten, wurden später wieder freigelassen.

Malaysia, eine der sich entwickelnden Wirtschaftskräfte in Südostasien, war lange ein Zufluchtsort für Millionen von Arbeitsmigranten aus den Ländern der Region, wie beispielsweise aus Burma, Bangladesch oder Indonesien. Doch im Zuge von weltweiter Rezession und steigender Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen führt Malaysia seit Mitte 2008 Operationen gegen Migranten durch.

vgl.: Mizzima News, 23.4.2009

## Aung San Suu Kyi – letzte Meldungen abwarten!

Am 14. Mai 2009 wurde die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus ihrem Hausarrest in das Insein-Gefängnis überführt. Dort stehen sie sowie ihre beiden Mitarbeiterinnen und ein US-amerikanischer Staatsbürger vor Gericht. Aung San Suu Kyi, Khin Khin Win und deren Tochter Win Ma Ma sollen gegen Bestimmungen des Hausarrests verstoßen haben. Am 3. Mai war der US-Amerikaner John William Yettaw durch den am Haus der Oppositionsführerin angrenzenden Inya-See geschwommen und hatte sich zwei Tage auf ihrem Gelände aufgehalten. Aung San Suu Kyi habe den ungebetenen Besucher aufgefordert, sofort ihr Haus zu

verlassen. Nach seiner Rückkehr war Yettaw in seinem Hotel in Rangun verhaftet worden. Laut Gesetz ist es verboten, unangemeldet Besucher über Nacht zu beherbergen. Suu Kyi drohen nun bis zu fünf Jahre Haft.

Für viele Kritiker ist klar, dass es sich um einen Schauprozess handelt, um zu verhindern, dass die nach wie vor populäre Oppositionsführerin an den für 2010 geplanten Wahlen teilnimmt. Am 27. Mai 2009 wurde der Hausarrest der Friedensnobelpreisträgerin nach einem weiteren Jahr aufgehoben. Unter den aktuellen Vorwürfen bleibt sie jedoch weiter inhaftiert. Im März hatte eine UN-

Arbeitsgruppe die Haft der Friedensnobelpreisträgerin für rechtswidrig erklärt, sowohl nach internationalem als auch nach burmesischem Recht. Aung San Suu Kyi hat mehr als 13 der vergangenen 19 Jahre im Hausarrest verbracht..

International haben die Verhaftung und der Prozess gegen Suu Kyi Empörung und Kritik ausgelöst, weltweit finden Protestkundgebungen statt. Aus Rangun wird berichtet, dass sich NLD-Angehörige und andere Anhänger der Oppositionsführerin vor dem Insein-Gefängnis versammeln. Polizei- und Sicherheitsaufgebot wurde verstärkt.

vgl.: AP 19. 5.2009

## Abkommen gegen Menschenhandel

Ende April 2009 unterzeichneten Vertreter der thailändischen und burmesischen Regierung ein Übereinkommen zur Bekämpfung von Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern. Das Übereinkommen soll die Zusammenarbeit entlang der 2.108 Kilometer langen Grenze verbessern. Zehntausende von Wanderarbeitern aus dem armen Burma arbeiten in Thailand, legal und illegal. Burmas Minister für Heimatangelegenheiten, Generalmajor Maung Oo, und der thailändische Minister für Soziale Entwicklung und Sicherheit, Issara Somchai, unterzeichneten das Abkommen in Burmas administrativer Hauptstadt Naypyidaw.

Der Pakt sei »ein wichtiger Schritt, der eine starke Grundlage bildet für gemeinsame zukünftige Anstrengungen der beiden Staaten, um den grenzübergreifenden Menschenhandel zu bekämpfen«, so die Verlautbarung weiter. Das Abkommen deckt unter anderem Bereiche wie Vorbeugung, Schutz oder Reintegration der Opfer, die Durchsetzung des Gesetzes und Strafrecht ab.

»Unsere beiden Staaten versuchten dieses Abkommen schon vor zwei Jahren.« so ein hoher burmesischer Polizeibeamter. »Für uns ist es ein großer Erfolg, mit unseren Nachbarländern zu kooperieren. Wir können zukünftig effektiver kommunizieren.«

vgl.: AFP, 24.4.2009

## Sanktionen verlängert

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat am 15. Mai 2009 eine Verlängerung der Sanktionen gegen das Militärregime in Burma verkündet. In einer Stellungnahme an den Kongress begründete er die Entscheidung damit, dass die Krise zwischen beiden Ländern seit Einführung der Militärherrschaft 1997 weiterhin ungelöst sei. Zudem stelle die »feindselige« Politik der burme-

sischen Regierung eine Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik der USA dar. Innerhalb der Obama-Regierung gibt es jedoch nicht nur Zustimmung für diese Maßnahme: Kritiker argumentieren, dass Sanktionen trotz schrittweiser Ausweitung in den letzten Jahren keine Auswirkungen auf einen Regimewechsel gezeigt hätten.

vgl.: Financial Times 16.5.2009

## Menschenrechtspreis

Der derzeit inhaftierte burmesische Aktivist Min Ko Naing ist für seinen Einsatz für eine Demokratisierung Burmas mit dem Gwangju-Menschenrechtspreis 2009 der *Asian Human Rights Commission* (AHCRC) ausgezeichnet worden. Der 1962 in Rangun geborene Min Ko Naing organisierte 1988 die landesweite Studentenvereinigung *All Burma Federation of Student Unions* (ABFSU) und wurde später als Initiator des »8888-Aufstandes« zu 20 Jahren Haft verurteilt. Nach vorzeitiger Entlassung setzte er seinen Widerstand fort. Als Organisator von Demonstrationen, die schließlich den Ausschlag für den so genannten »Saffran-Aufstand« im Jahr 2007 gegeben hatte, wurde er zu 65 Jahren Haft verurteilt. Die AHCRC ist eine regionale Nicht-Regierungsorganisation mit Sitz in Hongkong, die Menschenrechtsfragen in Asien überwacht und anwaltschaftlich vertritt.

vgl.: Asian Human Rights Commission

12.5.09

nachrichten